

der Bevölkerung politisch zu mobilisieren oder zum ökonomischen bzw. erzieherischen/bewußtseinsmäßigen Prozeß einen nennenswerten Beitrag zu leisten. Dennoch sieht auch Ziemer mit Recht keine dauerhafte Alternative zur Wirkung von politischen Parteien in Afrika (S. 255). Ob hier allerdings seine Überlegungen im Hinblick auf eine Art „Konkordanzdemokratie“ in die richtige Richtung weisen, scheint dem Rezensenten fraglich. Vielmehr scheint es notwendig, unterhalb des hier zutreffend konstatierten allgemeinen beklagenswerten Zustandes dieser Parteien noch mehr Informationen über Struktur und Arbeitsweise zu erhalten, um doch die feinen Unterschiede herauszuarbeiten, die dann wieder Ansätze zur Förderung positiver Entwicklungen sein könnten. Tatsächlich ist Ziemers Arbeit über weite Strecken in seinen organisationssoziologischen Teilen (etwa was die tatsächliche Mitglieder- und Organisationsstruktur, innerparteiliche Willensbildungsprozesse unterhalb des „großen Vorsitzenden“, Aktionen an der Basis, Parteifinanzierung usw. betrifft) zum Teil recht blaß (und muß sich hier oft nur auf Parteistatuten und amtliche Angaben stützen) – womit er den allgemein unbefriedigenden Forschungsstand allerdings nur widerspiegelt. Gewiß, es ist ihm auch möglich, Unterschiede herauszuarbeiten: etwa die Elitezirkulation – aufgrund besonderer Umstände – im Senegal gegenüber den Verkrustungserscheinungen in den meisten anderen Ländern; den auf dem Papier stehenden Parteien mit Zwangsmitgliedschaft (in der CAR), Massenparteien (mit amtlichen Millionenmitgliedernzahlen wie etwa in Kamerun) sowie die Kaderparteien (wie im Kongo mit zeitweise nur 160 Mitgliedern, S. 275); sowie die generellen Finanzierungsprobleme, die einige Parteiführer durch automatische Arbeitgeberlohnabzüge („check-off system“) zu überwinden suchen (wie und von wem, in welcher Höhe, wird aber tatsächlich in den Parteien noch gezahlt, wo es freiwillig ist?). Die wenigen vorhandenen (und zum Teil schon älteren) empirischen Partei- und Lokalstudien reichen hier jedoch bei weitem nicht aus, einen hinlänglich tiefen und differenzierten Überblick zu erhalten. Ziemers Arbeit bietet einen guten (und theoretisch begründeten) Überblick über den Stand unserer Kenntnisse über die frankophoneren afrikanischen Parteien; sie eröffnen zudem einen guten Ausgangspunkt für weitere empirische Fallstudien über dieses wichtige Thema.

Rolf Hanisch

HEINRICH BERGER

Mission und Kolonialpolitik

Die katholische Mission in Kamerun während der deutschen Kolonialzeit
Supplementa XXVI der Neuen Zeitschrift für Missionswissenschaft
CH-6405 Immensee 1978, XXVII + 358 S., SFr. 46.–

Dies ist eine historisch-missionswissenschaftliche Arbeit (der Ort ihrer Veröffentlichung ist deshalb konsequent), die der Universität Freiburg i. Br. als politikwissenschaftliche Dissertation vorgelegt worden ist. Sie ist in diesem Sinne interdisziplinär angelegt; ob sie den Ansprüchen der drei Einzelwissenschaften genügt, mögen kompetente Fachvertreter von ihrer Warte aus entscheiden. Der Landeskenner kann jedoch befriedigt feststellen, daß der Autor eine Lücke gefüllt hat. In Karin Hausens anerkannter Studie „Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika. Wirtschaftsinteressen und Kolonialverwaltung in Kamerun vor 1914“, Zürich/Freiburg i. Br. 1970, kann die Tätigkeit der Missionsgesellschaften naturgemäß nur eine kurze Erwähnung finden, und in den Produkten marxistischer Geschichtswissenschaft (H. Stoecker, Hrsg., Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft, 2 Bde., Berlin Ost 1960 und 1968, aus dieser Schule wiederum insbesondere R. Kaeselitz) ist das Urteil schon gefällt, bevor überhaupt das Archivstudium begonnen hat.

Berger machte sich die Sache nicht leicht, er hat mit seinem Stoff gerungen. Er sucht und findet differenzierende Bewertungen, die weder auf eine Eloge der Pallottiner noch auf eine pauschale Verdammung jedweder Missionierung als Komplize des Imperialismus und Kolonialismus hinauslaufen. Dies ist kein billiges Lavieren zwischen Scylla und Charybdis, sondern die systematische Erarbeitung eines eigenen Standpunktes. Daß er schließlich die Maßstäbe zur Einordnung eines historischen Phänomens der katholischen Missionstheorie entnimmt, ist ein geschicktes Verfahren und muß auch vom sozialwissenschaftlichen Leser akzeptiert werden. Denn hier hat sich innerhalb von etwa 100 Jahren eine Entwicklung vom Konversions- und Evangelisationsprinzip zum Akkommodations- und „Vereinheimlichungs“-Prinzip ergeben, die zwar für den distanzierten Betrachter nicht gerade umwerfend anmuten mag (sicher ganz anders für die systemimmanent Denkenden und Agierenden), es dem Verfasser aber immerhin erlaubt, aus heutiger Sicht einen Ausschnitt der Geschichte (nämlich die Periode 1890–1914) einer deutschen Kolonie zu beleuchten.

Eine Bemerkung zur Benutzung von Primärquellen: Berger schöpft in erster Linie aus den Archiven der Pallottiner in Limburg (inkl. Abschriften von offiziellen Kolonialakten); die Einsicht in die Bestände des Reichskolonialamtes (jetzt in Potsdam) war ihm verwehrt, die Konsultation der noch in Kamerun vorfindbaren Akten zur deutschen Kolonialzeit erschien ihm (nach dem Mohammadou-Katalog 1972 wohl nicht zu Unrecht) unergründbar.

Im folgenden soll nun die Arbeit in ihren einzelnen Kapiteln kurz charakterisiert werden: Im ersten Teil wird der Stellenwert der Missionen innerhalb der deutschen Kolonialpolitik bestimmt. Die Bismarcksche Kolonialpolitik war den christlichen Missionen gegenüber eher distanziert eingestellt, verbunden mit einem anti-katholischen Affekt. Dies änderte sich erst später, als erkannt wurde, welche stabilisierende Wirkung die Missionstätigkeit für die Kolonialherrschaft im Grunde ausübte. Die Wurzeln hierzu wurden nicht zuletzt auch von einer Missionstheorie (2. Kapitel) gelegt – vornehmlich von J. Schmidlin –, die von der Überzeugung ausging (S. 103): „Wenn die Kolonialherrschaft legitim ist, dann muß sich die Mission ihr gegenüber verhalten wie die Kirche immer gegenüber der rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit, sie muß nicht nur treuer Untertan sein, sondern ihre Zöglinge auch zu treuen Untertanen erziehen.“

In einem dritten Teil werden die Genese und die Arbeitsweise der Pallottiner-Mission in Kamerun dargestellt, die sich wie folgt charakterisieren läßt: Konzeptionslosigkeit, Unerfahrenheit, harte menschliche Opfer. Sie kam nach den protestantischen Missionen (insbesondere der Basler Mission), und die Missionare mußten sich im Küstenhinterland niederlassen (Marienberg, Engelberg), was ungeahnte zusätzliche Erschwernisse mit sich brachte. Sie setzten sich jedoch durch und konsolidierten ihre Position durch Evangelisation, Schulwesen (auch die „Arbeitserziehung“) und karitative Tätigkeiten.

Die beiden letzten Kapitel behandeln zwei prägnante Spannungsfelder der Missionstätigkeit: 1. Ihr Verhältnis zur Kolonialverwaltung und 2. ihr Verhältnis zu den „einheimischen Kulturen“. Der Autor sagt es lapidar (S. 268): „... es kann angesichts der Fakten kein Zweifel daran bestehen, daß die katholische Mission in Kamerun als eine Begleiterscheinung des deutschen Kolonialismus betrachtet werden muß.“ Die Pallottiner waren „Partner der Kolonisatoren“, weil sie wie diese ein Interesse an „Unterwerfung und Befriedung“ hatten und durch ihre „Missionsmittel“ der Kolonialherrschaft den Rücken stärkten. Andererseits ergaben sich jedoch auch Interessenkonflikte aus ethischen Erwägungen (Ablehnung von Sklaverei, Zwangsrekrutierung von Trägern etc.). Berger kommt jedoch zu dem Urteil (S. 299): „Ihr diesbezügliches Engagement war ehrlich gemeint... ihre nationale Gesinnung... hinderte sie jedoch... an einem noch ganzheitlicheren und intensiveren Engagement für die Sache der Eingeborenen.“ In der Tat, das was sie bei diesen zum Teil vorfanden („abscheuli-

che Orgien“, „Götzendienst“, „Vielweiberei“) erschien ihnen höchst verdammenswert und mußte mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Die Missionare mußten die Rolle von Brautpfand und Polygynie mißverstehen und kämpften für eine „Erlösung der Frau“. Der Autor bringt viel Verständnis für die bedingungslose Betonung der christlichen Eiehe durch die Missionare auf (ein bis heute virulentes Feld in Afrika) – für manchen Geschmack vielleicht sogar zuviel –, aber er kann sich doch nicht dem Urteil entziehen (S. 342): „Das Ganze einer jeweils betroffenen einheimischen Kultur hätte demnach bei fortdauerndem Erfolg der pallottinischen Mission kaum eine Überlebenschance besessen.“ Dies war „Mission ohne Akkommodation“ – kann nach diesem gründlichen Werk heute überhaupt noch sinnvollerweise von einer „Vereinheimischung der Kirchen“ in der Dritten Welt als Ziel gesprochen werden?

Eine fleißige, differenzierte, flüssig geschriebene Arbeit, die Anerkennung finden dürfte.
Hans F. Illy

JEAN LECA/JEAN-CLAUDE VATIN

L'Algérie politique – institutions et régime

Cahiers de la Fondation nationale des sciences politiques, Nr. 197, Paris, 1975

Als Verfassungsgrundsatz des unabhängigen Algerien gilt „Regierung durch die Partei“, d. h. der aus dem Befreiungskrieg hervorgegangenen nationalen Befreiungsfront (F.L.N.) als Einheitspartei.

„Die algerische Einheitspartei paßt auf den ersten Blick ziemlich leicht in das Idealschema der afrikanischen Einheitsparteien, die in verschiedenen Studien mit hinlänglicher Genauigkeit beschrieben worden sind. Parteien, die den Staatsapparat lenken und die nationale Einheit aufrechterhalten, deren monolithische Organisation sie den marxistischen Parteien nahestellt, deren Ideologie aber mehr aus einem populistischen Nationalismus kommt. Die FLN zeigt indes einen zusätzlichen Charakterzug: Besser als jede andere Partei identifiziert sie sich mit dem nationalen Befreiungskampf; ihre Legitimität ist historisch, sie verdankt nichts dem Einsetzungsverfahren der klassischen Demokratie, sie ergibt sich unmittelbar aus ihrer Funktion als Symbol des algerischen Volkes. Deshalb kennt Algerien weder einen ‚höchsten Kämpfer‘ (combattant suprême) noch ‚historische Führer‘, die Partei nimmt die Stelle von all dem ein. In diesem Sinne analysiert sich die ‚Regierung durch die Partei‘ keineswegs in der Ergreifung der Staatsmacht durch eine Partei, sondern unmittelbar als Ausübung der Macht des Volkes durch es selbst. Das ist es, was die Stärke des FLN ausmacht – denn daran zu rühren, bedeutet gleichzeitig, an das Volk zu rühren – und auch seine Schwäche – denn, um Faktor der Einheit zu sein, darf das Symbol sich nicht in täglichen Wirklichkeiten verkörpern: wenn es regiert, verpflichtet es sich; wenn es nicht regiert, verrät es seine Mission und vergeht in einer ruhmreichen Vergangenheit.“ Mit dieser Aussage beginnen die Verfasser ihre Studie über die politischen Einrichtungen und die Regierungsform Algeriens (S. 23/14). Wir stehen damit aber auch mitten in der Problematik.

Die Verfasser, die selbst in Algerien am Institut für politische Studien tätig waren, verfügen über fundierte Sachkenntnis. Ihr Buch, das das politische System seit der Unabhängigkeit des Landes behandelt, stützt sich auf ein vorhergehendes Buch „Das politische Algerien: Geschichte und Gesellschaft“, das die Wandlungen der algerischen Gesellschaft seit 1830, d. h. seit der Besetzung durch die Franzosen, und ihren Weg zum Befreiungskrieg aufzeichnet. Beide Arbeiten stellen somit ein Gesamtwerk der politischen Entwicklung Algeriens dar. In dem hier zur Besprechung stehenden Buch legen die Verfasser das Schwergewicht auf die Untersuchung und Darstellung der politischen Verfahren und Strukturen. Wenn somit die